

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
lieber Bürgermeister Rüdiger Klahm,
sehr geehrte Mitarbeitende der Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,

wir erleben, wie sich mehrere Belastungen überlagern: wirtschaftliche Unsicherheit, Inflation, hohe Energiepreise, der demografische Wandel. Diese Entwicklungen hinterlassen Spuren auch in unserem Haushalt, der Ergebnishaushalt ist erneut deutlich negativ.

Schlagzeilen wie „keine Luft zum Atmen“, „jetzt muss alles auf den Prüfstand“ oder „abermals neuen Schulden“ lesen wir beinahe täglich. Sie beschreiben die finanzielle Lage vieler Kommunen.

Die finanziellen Spielräume werden seit Jahren kleiner, selbst Pflichtaufgaben lassen sich nur noch mit Mühe erfüllen und freiwillige Leistungen geraten zunehmend unter Druck.

Ein Blick auf die kommunalen Haushalte im Land zeigt: Abgesehen von Gemeinden, die wenig Infrastruktur zu unterhalten haben, schreiben nahezu alle Städte und Gemeinden inzwischen strukturelle Defizite. Auch die Städte und Gemeinden, welche noch vor kurzer Zeit weich gebettet waren. Auch unser Haushalt ist davon betroffen – mit einem Fehlbetrag in der Planung von über 5 Millionen Euro im aktuellen Jahr.

Wir wollen uns aber zum Beispiel ein Hallenbad leisten, weil dies in vielfältiger Weise als wertvolle Bereicherung für die Gemeinde erhalten bleiben muss.

Ein großer Ausgabenblock sind die Personalkosten. Für die hier feststellbaren erheblichen Kostensteigerungen gibt es mehrere Gründe: Tarifsteigerungen, Höhergruppierungen, gesetzliche Umlagen, aber auch dringend erforderliche personelle Verstärkungen in einzelnen Bereichen (Bauamt) die wir für notwendig erachtet haben.

Signifikante Einsparmöglichkeiten sind für uns nicht erkennbar. Wer hier sparen will, muss konkret sagen, welche Stelle gestrichen werden könnte.

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen geben aktuell wenig Anlass zu Optimismus. Schwach ausfallendes Wachstum, hohe Unsicherheiten und steigende Kosten wirken sich auf die kommunalen Finanzen aus.

Gleichzeitig steigen die Belastungen durch Umlagen und Personalkosten weiter, während die Einnahmen – insbesondere aus Steuern und Abgaben – nicht im gleichen Maß mitwachsen können.

Ein wesentlicher struktureller Belastungsfaktor sind zudem die Abschreibungen im doppelten Haushalt. Sie machen sichtbar, welche Substanz wir tatsächlich verbrauchen, verschärfen aber zugleich das Ergebnis erheblich – ohne dass sich dadurch unsere reale finanzielle Handlungsfähigkeit verbessert. Würden diese Abschreibungen nicht in dieser Form anfallen, wäre der Haushalt etwas näher an einem Ausgleich. Das zeigt, wie stark die Doppik unser Ergebnis prägt. Und ist auch eine Erklärung, weshalb das Land noch an der Kameralistik festhält und in eigenem Interesse diese Augenwischerei weiterbetreibt.

Der Landkreis wird wieder eine satte Kreisumlage einfordern, die unseren Gemeindehaushalt enorm belastet. Nun kann man auf den Kreis schimpfen, auch was die beschlossene Erhöhung der Kreisumlage betrifft, aber der Landkreis hat kaum eine andere Wahl, weil er selbst quasi pleite ist, aber wichtige Aufgaben zu übernehmen hat, auch für unsere Gemeinde.

Mit ursächlich für das Desaster ist,

dass immer mehr Aufgaben von Bund und Land an die Landkreise als auch an die Kommunen übertragen werden, oft ohne vollständige Gegenfinanzierung. Die Verantwortung bleibt beim Kreis und den Gemeinden hängen, die finanziellen Mittel häufig nicht.

Diese strukturelle Schieflage ist eines der zentralen Probleme der kommunalen Finanzen und wird sich in den kommenden Jahren eher verschärfen als entspannen, sollte kein Kurswechsel von Bund und Land Einzug halten.

Besonders deutlich wird das im Bereich Bildung und Betreuung. Die Herausforderungen steigen kontinuierlich. Gleichzeitig bleibt die finanzielle Ausstattung durch Land und Bund unzureichend. Die Kommunen stehen damit regelmäßig vor dem gleichen Dilemma: Entweder werden Gebühren weiter erhöht – oder der ohnehin defizitäre Bereich belastet den kommunalen Haushalt noch mehr.

Unsere Elternbeiträge decken nur einen Bruchteil der tatsächlichen Kita-Kosten belasten aber zugleich die Familien erheblich. Wir haben in den vergangenen Jahren bewusst in Qualität, Personal und Infrastruktur investiert. Das ist inhaltlich richtig, verschärft aber die finanzielle Situation.

Ja, der Kita-Bereich ist teuer. Aber gerade hier entscheidet sich die Zukunft der Kinder und damit auch die unserer Gemeinde – sozial, wirtschaftlich und demografisch.

Anbetracht der Haushaltslage hätte die SPD-Liste jüngst einer Beitragserhöhung zustimmen können, wenn diese moderat gestiegen wären, etwa um den Prozentsatz, wie er von den Landesverbänden als Erhöhung vorgeschlagen worden ist. Aber die nahezu doppelt so hohe Steigerung war aus unserer Sicht und die der Eltern einfach zu viel.

Langfristig brauchen wir eine Gleichbehandlung von Kitas und Schulen – beides sind Bildungseinrichtungen, und Bildung darf keine Frage des Geldbeutels sein.

All diese Entwicklungen führen dazu, dass wir unseren Haushalt so aufstellen müssen, dass er genehmigungsfähig bleibt – auch wenn der politische Gestaltungsspielraum dabei immer kleiner wird.

Wenn man sich die Struktur der ordentlichen Erträge anschaut, wird schnell deutlich: Wir sind in vielen Bereichen fremdgesteuert. Wirklich eigene Einflussmöglichkeiten haben wir nur an wenigen Stellschrauben.

Eine dieser Stellschrauben wäre ein langfristiges und aktives Liegenschaftsmanagement, das soziale, wirtschaftliche und ökologische Ziele in Einklang bringt.

Wir haben es bisher immer noch nicht fertiggebracht, in Sachen bezahlbarer Wohnraum weiterzukommen, obwohl wir uns in der letzten Klausur einig waren, irgendeine Form eines Wohnraummanagements anzugehen, die sich um dieses Thema kümmert.

Grundstücke sind nicht nur Vermögenswerte – sie sind auch Gestaltungsmöglichkeiten für die Zukunft. Diese Potenziale müssen systematisch erfassen und gesteuert werden – statt sie dem Zufall zu überlassen. Ein Anfang wird hierfür hoffentlich auch mit der Gemeinderatsklausur im April gemacht.

Der Finanzhaushalt ist auch in diesem Jahr geprägt von notwendigen Investitionen in zentrale Zukunftsbereiche. Diese Investitionen sind inhaltlich richtig und

erforderlich – sie verschärfen jedoch die finanzielle Lage zusätzlich. Um diese Maßnahmen abbilden zu können, sind Kreditaufnahmen vorgesehen.

Aber genauso wichtig ist es, klar zu sagen, dass es Investitionen gibt, auf die wir nicht verzichten dürfen, weil wir es uns nicht leisten können, sie zu unterlassen.

Die SPD-Liste unterstützt den Bürgermeister ausdrücklich in der Einschätzung, dass wir nicht an allen – und vor allem nicht an den falschen Enden – sparen dürfen. Insbesondere bei Investitionen in unsere kommunale Infrastruktur wäre ein reiner Sparkurs der falsche Weg.

Gerade bei Schulen, Feuerwehr oder technischer Infrastruktur bedeutet Nichtstun, dass sich Sanierungsstaus aufbauen, die später deutlich teurer werden. Das sind versteckte Schulden, die wir weiterreichen.

Es ist nicht falsch, wichtige Infrastrukturmaßnahmen auch über Kredite zu finanzieren. Falsch und noch teurer wäre es, nichts zu tun und schwierige Entscheidungen jedes Jahr aufs Neue zu verschieben.

Wir begrüßen deshalb sehr, dass nun nach intensiver Diskussion die Entscheidung für das Feuerwehrgerätehaus in Ottenbronn gefallen ist und Gelder im mittelfristigen Investitionshaushalt eingestellt sind.

Ebenso ist gut, dass nun eines der überfälligsten Projekte angegangen wird, nämlich die grundlegende Sanierung und Erweiterung des Schulzentrums, das auf der Tagesordnung der letzten Sitzung des NSV stand. Dieses Vorhaben wird uns in den nächsten Jahren sowohl planerisch als auch finanziell sehr fordern. Althengstett wird mehr als 5 Millionen aus dem Sondervermögen des Bundes erhalten, was es hierfür zu nutzen gilt.

Dieses Geld löst zwar nicht die strukturelle Unterfinanzierung, hilft aber wesentlich, ein derartiges Projekt auf den Weg zu bringen.

Für die Planung des Schulzentrums schlagen wir vor, frühzeitig eine projektbegleitende Arbeitsgruppe einzuberufen, in der Verwaltung, Schule und der Gemeinderäte vertreten sind.

Unglücklich sind wir darüber, wie die Entwicklung mit dem etwas dahinsiechenden Familienzentrum gelaufen ist. Wir erwarten, dass es gelingt, das Amt personell wieder so auszustatten und in eine Organisationsstruktur einzubinden, dass eine effektive Erledigung der anstehenden Aufgaben möglich wird.

Wer Fördermittel sinnvoll nutzen will, muss bereit sein, selbst zu investieren und Projekte in die notwendige Planungsreife zu bringen. Förderprogramme ersetzen keine eigene Investitions- und Finanzpolitik – aber sie sind ein wichtiger Hebel, um zentrale Zukunftsaufgaben umzusetzen, ohne die kommunalen Haushalte allein zu überfordern.

Trotz der angespannten Lage halten wir es deshalb für richtig, an zentralen Investitionen festzuhalten – auch bei freiwilligen Leistungen, die für die Lebensqualität unserer Gemeinde von großer Bedeutung sind.

Die SPD-Liste steht für Investieren statt kaputtsparen, für den Erhalt sozialer Infrastruktur, für langfristige Entwicklung statt Stillstand.

Wir wollen eine Gemeinde, die handlungsfähig bleibt, die soziale Verantwortung übernimmt und die trotz begrenzter Mittel an den entscheidenden Stellen Zukunft gestaltet.

Die kommenden Jahre werden insgesamt schwierig bleiben. Umso wichtiger ist es, dass wir als Gemeinderat realistisch, verantwortungsvoll und strategisch sinnvoll handeln – und uns nicht von kurzfristigen Sparreflexen treiben lassen.

Trotz der skizzierten Unsicherheiten wird die SPD-Liste dem vorliegenden Haushalt zustimmen. Nicht, weil die Zahlen gut sind – sondern weil er unter den gegebenen Rahmenbedingungen richtig und notwendig ist und er die Handlungsfähigkeit unserer Gemeinde sichert.

Haushaltspolitik ist kein Selbstzweck, sondern Ausdruck dessen, was uns als Gesellschaft wichtig ist.

Bei aller Dramatik dürfen wir aber nicht aus den Augen verlieren, dass wir nicht nur die Verpflichtung haben, einen ausgeglichen HH hinzulegen. Wir müssen auch dafür Sorge tragen, das Gemeinwohl, die Bildung, die Gesundheit, die Familienfreundlichkeit, die Vereinbarkeit Familie und Beruf und den Klimaschutz im Blick zu behalten.

Ein zentraler Auftrag für die Zukunft ist für uns demnach die Stärkung unserer Resilienz. Die aktuellen geopolitischen Entwicklungen führen uns immer wieder vor Augen, wie anfällig bestehende Strukturen sind gerade auch in der Energieversorgung. Abhängigkeiten von globalen Märkten und politischen Konflikten wirken sich unmittelbar bis auf die kommunale Ebene aus.

Umso wichtiger ist es, dass wir dort, wo wir Einfluss haben, vorsorgen und unsere Handlungsspielräume stärken. Resilienz bedeutet in diesem Zusammenhang

vor allem: mehr Eigenständigkeit, mehr Versorgungssicherheit und mehr Nachhaltigkeit.

Ein wichtiger Baustein dafür ist unsere kommunale Energiegesellschaft. Sie ist gegründet, sie arbeitet – auch wenn sie noch am Anfang steht. Genau diesen Weg gilt es jetzt konsequent weiterzugehen. Es geht darum, Schritt für Schritt eigene Projekte zu entwickeln, Wertschöpfung vor Ort zu halten und unabhängiger von externen Entwicklungen zu werden.

Der heutige Tagesordnungspunkt zur Entwicklung eines kleinen Solarparks ist deshalb mehr als nur ein Einzelthema, es wäre ein konkreter Schritt hin zu mehr Resilienz und Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinde.

Dank

Im Namen der SPD-Liste bedanke ich mich herzlich bei BM Klahm für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und ein besonderer Dank gebührt Frau Schmidt und ihrem Kämmerei-Team. Angesichts der weiterhin hohen Zahl an Projekten ist es keine einfache Aufgabe, den Überblick zu behalten. Der Dank gilt ausdrücklich der gesamten Gemeindeverwaltung.

Unser Dank geht auch an die Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats für das stets gute und konstruktive Miteinander.

Vielen Dank.